

Das Gebäude ist verkauft, die Bordell-Gefahr gebannt

Käuferin Gisela Schloz will ein Hotel garni einrichten / Kübler: Lang anhaltender Rechtsstreit ums Bordell wäre unvermeidlich gewesen

Von unserem Redaktionsmitglied
Hans Pöschko

Schorndorf.
Spektakuläre, um nicht zu sagen sensationelle Wende im Schorndorfer Bordellstreit: Gebäude und Gelände wurden an Gisela Schloz vom gegenüberliegenden Autohaus verkauft, die ein Hotel garni bauen beziehungsweise einrichten will. Damit ist die Bordell-Gefahr zumindest an dieser Stelle gebannt.

Vollends besiegelt wurde der Verkauf am Donnerstagabend im nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung: Das Gremium stimmte dem Verkauf des Geländes zu, das sich bislang in städtischem Besitz befand. Zuvor bereits waren sich Gisela Schloz und die Städtische Wohnbaugesellschaft über den Verkauf des bis zum Sommer als Asylbewerberwohnheim genutzten Gebäudes einig geworden. Zum Kaufpreis wollte Oberbürgermeister Winfried Kübler gestern nichts sagen. Er nannte ihn auf Nachfrage „vertretbar“.

Davon abgesehen, dass Gisela Schloz laut Kübler schon früher ihr Interesse an einem



Statt in ein Bordell wird das ehemalige Asylbewerberwohnheim an der Stuttgarter Straße in ein Hotel garni umgewandelt.

Bild: Habermann

Erwerb des Gebäudes bekundet hat und dass wohl auch der massive Widerstand gegen eine Bordell-Ansiedlung ausgerechnet am Stadteingang nicht ohne Wirkung geblieben ist, waren's nicht zuletzt wirtschaftliche Gründe, die Stadt und Städtische Wohnbaugesellschaft zum Handeln gezwungen haben. Zumal, wie Winfried Kübler in einer Einladung zu einer Pressekonferenz am kommenden Montag, bei der unter anderem Gisela Schloz etwas zu ihren Motiven und zu ihren Planungen sagen wird, erläutert, das weitere Festhalten an den vor allem von ihm selber verfolgten Bordell-Plänen zwangsläufig zu einer Hängepartie geworden wäre. Habe sich doch im laufenden Genehmigungsverfahren gezeigt, „dass eine baurechtliche Genehmigung der Nachbarschaft der Beschützenden Werkstätte der Diakonie rechtlich sehr problematisch wäre“. Eine von der Stadt erteilte Baugenehmigung für ein Bordell, sagt der Oberbürgermeister, wäre von der Diakonie auf jeden Fall rechtlich angegriffen worden. Mit der Folge, dass ein lang andauernder Rechtsstreit mit sehr ungewissem Ausgang dann wohl unvermeidlich gewesen wäre. Und die SWS wäre unter diesen Umständen für lange Zeit auf einem leer stehenden Gebäude sitzen geblieben.

Aus Sicht von Kübler gilt's jetzt, „das Ruder herumzureißen“. Und zwar in die Richtung, dass der „Makel“, der durch die lang anhaltende Diskussion um eine Bordellnutzung auf dem Gebäude lastet, schnellstmöglich beseitigt wird.